

Vertrauensverlust in die Kernenergie: eine historische Frameanalyse

Seiffert, Jens; Fähnrich, Birte

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Seiffert, J., & Fähnrich, B. (2014). Vertrauensverlust in die Kernenergie: eine historische Frameanalyse. In J. Wolling, & D. Arlt (Hrsg.), *Fukushima und die Folgen - Medienberichterstattung, Öffentliche Meinung, Politische Konsequenzen* (S. 57-74). Ilmenau: Univ.-Verl. Ilmenau. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-49395-9>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Vertrauensverlust in die Kernenergie

Eine historische Frameanalyse

Jens Seiffert & Birte Fährnich

1 Einleitung

Das 13. Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes vom 31. Juli 2011 stellte eine Zäsur in der deutschen Atompolitik dar. Hatte die ehemalige rot-grüne Regierung im Jahr 2002 den Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen und damit die Abschaltung der deutschen Atommeiler bis 2020 festgelegt, so war dieser Ausstiegstermin durch die Novellierung vom 28. Oktober 2010 von der schwarz-gelben Bundesregierung verschoben worden, ohne aber den Atomausstieg grundsätzlich in Frage zu stellen. Mit der erneuten Gesetzesänderung vollzog die schwarz-gelbe Bundesregierung jedoch binnen weniger Monate eine erneute Kehrtwende in der Energiepolitik. Als Reaktion auf die dramatischen Ereignisse von Fukushima wurden die Laufzeiten der Kernkraftwerke noch stärker verkürzt als dies 2002 durch Rot-Grün vorgesehen gewesen war.

Die Katastrophe von Fukushima war zweifelsohne eine der größten in der Geschichte der Kernenergie und wurde auf der internationalen Bewertungsskala für nukleare Ereignisse (INES) in die höchste Kategorie eingeordnet. Im Hinblick auf die freigesetzte Strahlung und die Zahl der unmittelbar betroffenen Personen reichte Fukushima jedoch nicht an die Ausmaße und Folgen des Unglücks von Tschernobyl heran. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, warum es trotz des wesentlich höheren Schadens und der unmittelbaren Gefahr für Deutschland durch radioaktiven Fallout nicht bereits 1986 zu einem Umbruch in der Atompolitik kam und worauf der radikale Richtungswechsel im Jahr 2011 zurückzuführen ist.

In diesem Beitrag wird eine wesentliche Ursache für den politischen Kurswechsel in der Etablierung eines *alternativen* gesellschaftlichen Vertrauensframes gesehen. Auch wenn die Entstehung eines solchen Alternativframes sich bereits nach früheren nuklearen Störfällen beobachten lässt, etwa 1957 im britischen Windscale sowie zeitgleich im sowjetischen Kyschtym oder 1979 im US-amerikanischen Harrisburg (Seiffert 2014), ist es vor allem die Katastrophe von Tschernobyl, die in Deutschland einen kritischen Kernenergiediskurs ins Rollen bringt. Mit Hilfe der Ergebnisse einer vergleichenden historischen Frameanalyse soll gezeigt werden, dass sich der Alternativframe 1986 noch nicht gegenüber dem dominierenden kernenergiefreundlichen Frame stabilisieren konnte. Die Ereignisse von Fukushima führten jedoch zu einem Erstarren der „kritischen Alternative“ (Luhmann 2000) und damit zum Vertrauensverlust in die Kernenergie, der den rasanten Kurswechsel der deutschen Bundesregierung begründete.

2 Kernenergie als öffentliches Vertrauensproblem

Die Katastrophe von Fukushima unter dem Blickwinkel des öffentlichen Vertrauens zu behandeln, ist aus mehreren Gründen konsequent. Das Tōhoku-Erdbeben und der dadurch ausgelöste Tsunami waren *Gefahren*, deren inhärente Unsicherheiten sich durch Vertrauen nicht reduzieren ließen. Die anschließende Kernschmelze in den Reaktoren des Kernkraftwerkes Fukushima-Daichii war im Gegensatz dazu ein *Risiko*. „Der Unterscheidung von Risiko und Gefahr liegt ein Attributionsvorgang zugrunde, sie hängt also davon ab, von wem und wie etwaige Schäden zugerechnet werden. Im Falle von Selbstzurechnung handelt es sich um Risiken, im Falle von Fremdzurechnungen um Gefahren“ (Luhmann 1990: 148). Luhmanns (2000: 27 ff.) Prämisse, nach der Vertrauen eine „riskante Vorleistung“ ist, wird augenfällig, wenn man realisiert, dass in Bezug auf die zivile Nutzung der Kernenergie gesellschaftlich auch anders hätte gehandelt werden können. Die Entscheidungen der Bundesregierung, die Kernenergie (nicht mehr) zur Stromerzeugung zu verwenden, waren folglich *Vertrauensentscheidungen* par excellence. Sie waren riskant, sie reflektierten gesellschaftliche Erfahrungen und verfestigten damit in die Zukunft gerichtete Erwartungsstrukturen (Luhmann 2000).

Fukushima war aber nicht nur ein individuelles Vertrauensproblem für Entscheider/innen, sondern aus zwei Gründen auch ein dezidiertes Problem *öffentlichen Vertrauens* (Bentele 1994). Erstens führt die Ablehnung der Kernenergie nicht dazu, dass man sich ihr entziehen kann. Auch wenn man persönlich auf die Nutzung von Kernenergie verzichten möchte, sind Kernkraftwerke ein Faktum, über das *nicht* nach Maßgabe persönlicher Prämissen verfügt werden kann. Die Entscheidung für oder gegen

Kernenergie war/ist eine riskante Vertrauensentscheidung mit kollektiver Bindewirkung. Zweitens sind der persönlichen Erfahrung mit Kernenergie physische Grenzen im Rahmen der menschlichen Sinneswahrnehmung gesetzt, was die Bildung von Erwartungsstrukturen auf Basis derselben erschwert. Gerade die Einschätzung der Gefahren und Risiken radioaktiver Strahlung erfolgt nicht aufgrund individueller Erfahrungen, da sich Strahlung lediglich indirekt anhand ihrer Wirkungen beobachten lässt. Und selbst solche Wirkungen, bspw. vermehrte Krebserkrankungen, sind niemals zweifelsfrei kausal zurechenbar. So können auch Menschen an Krebs erkranken, die Zeit ihres Lebens nur natürlicher Hintergrundstrahlung ausgesetzt gewesen sind.

Es wird deutlich, dass die zivile Nutzung der Kernenergie ein öffentliches Vertrauensproblem darstellt, das mit Hilfe kollektiv bindender Entscheidungen durch die Politik für die gesamte (deutsche) Gesellschaft entschieden werden muss. Die politische Entscheidung nach Fukushima, aus der zivilen Nutzung der Kernenergie innerhalb eines festgelegten Zeitraums auszusteigen, stellte somit eine *Vertrauensentscheidung* dar. Die Bundesregierung antizipierte einen möglichen Vertrauensverlust auf Seiten der Wählerinnen und Wähler und entzog der Kernenergie (und damit verbunden der Atomindustrie) deshalb die *license to operate* (Coombs/Holladay 2007).

Das öffentliche Vertrauen in die Kernenergie ist in Deutschland eine Geschichte des zunehmend schwieriger werdenden Erhalts von Vertrauen¹ bzw. ein Prozess stetig zunehmender *Vertrauensinflation*. „Zu Inflationen kommt es, wenn die Kommunikation ihr Vertrauenspotential überzieht, das heißt: mehr Vertrauen voraussetzt, als sie erzeugen kann“ (Luhmann 2009b: 383). Inflation und Deflation sind generell Probleme für die Vertrauenskapazität von Vertrauensobjekten. Sie sind kein Spezifikum der Kernenergie als technischem System, sondern auch der Personen und sozialen Systeme, die mit ihrer Nutzung assoziiert werden. Am Beispiel der Kernenergie wird deutlich, wie diffizil die Aufrechterhaltung langfristiger Erwartungsstrukturen ist, wenn sich Vertrauen nicht personalisieren lässt (Luhmann 2009b: 313) und eine Rückkopplung an persönliche Erfahrbarkeit fehlt. Sicherlich kann man die Kernenergie dadurch wahrnehmbar machen und personalisieren, dass man an geführten Besichtigungen von Kernkraftwerken teilnimmt oder ins Katastrophengebiet von Tschernobyl reist. Trotzdem sind dies lediglich Erfahrungen begrenzter Reichweite, da derlei Kontakte mit Kernenergie in strikt vorgefertigten Szenarien ablaufen und die Risiken klar begrenzt und kontrollierbar erscheinen. Die eigentliche Funktionsweise der Technologie und

¹ Luhmann (2009b: 384) verwendet diese Formulierung in *Die Gesellschaft der Gesellschaft* in Bezug auf Grenzfälle des Korrekturversagens.

ihre Risiken sind nicht unmittelbar erfahrbar, so dass Menschen zumeist auf medial vermittelte Informationen zur Bewertung von Atomkraft zurückgreifen. Die Rationalisierung des Risikos Kernenergie ist immer auf die Vermittlung in der Öffentlichkeit angewiesen. Oder, um es mit Luhmann (2009a: 9) zu sagen:

„Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien. Das gilt nicht nur für unsere Kenntnis der Gesellschaft und der Geschichte, sondern auch für unsere Kenntnis der Natur. Was wir über die Stratosphäre wissen, gleicht dem, was Platon über Atlantis weiß: Man hat davon gehört.“

Eine besondere Rolle spielen in diesem Zusammenhang mediale Frames (Scheufele 1999), die dem Einzelnen bereits eine gewisse Interpretation bestimmter Sachverhalte vorgeben. Doch neben dem Vertrauen in die Technik spielt auch das Vertrauen in jene Personen und sozialen Systeme, die für die Nutzung der Kernenergie Verantwortung tragen, eine wichtige Rolle im Prozess der Vertrauenszuschreibung. Die Abstraktheit und Komplexität der Kernenergie führt dazu, dass nicht der Technologie selbst, sondern in erster Linie den mit der Kernenergie verbundenen Handlungsträgern vertraut wird.

Aus den hier skizzierten Eigenschaften ergeben sich zwei Konsequenzen: Erstens muss im Falle der Kernenergie auf mediale Frames (Scheufele 1999) zur Stabilisierung von Vertrauen in dieselbe zurückgegriffen werden. Individuelle Frames können dies in der Regel nicht leisten, da nur wenigen Individuen die Möglichkeit gegeben ist, direkte Erfahrungen mit Kernenergie zu machen. Zweitens wird die Synchronisierung von medial vermittelter und individuell wahrgenommener Vertrauenswürdigkeit im Laufe der Zeit immer schwieriger, da ein entsprechender Mechanismus zur Sicherstellung der notwendigen Kohärenz beider Prozesse nicht vorhanden ist. Damit wird ersichtlich, dass der Prozess der Vertrauensinflation das Vertrauen in die Kernenergie langfristig beeinflusst. Die Abstraktheit der Kernenergie führt letztlich dazu, dass mehr Vertrauen vorausgesetzt werden muss, als erzeugt werden kann.

Goffman (1974) spricht von sozialen Frameworks als einer Art Ordnungsmechanismus für Wahrnehmung und Erfahrung. Framing als *Mechanismus und Prozess* wird auch dann wirksam, wenn es um die Zuschreibung von Vertrauenswürdigkeit gegenüber sozialen Systemen geht – in diesem Fall der Kernenergie und ihrer (zivilen) Nutzung. Bereits auf der Ebene persönlicher Interaktionen gilt, dass Vertrauen nicht einfach gegeben ist oder schnell entsteht. Eine Reihe aneinander anschließender zwischenmenschlicher Interaktionen ist notwendig, um Personen über Vertrauen aneinander zu binden. Ähnlich verhält es sich auf der abstrakteren Ebene medialer Frames. Über die Konstruktion einer massenmedialen Realität werden Erfahrungen über lange Zeiträu-

me geordnet und gespeichert. Mit Blick auf die *Vertrauenswürdigkeit* der Kernenergie müssen diese ständig aktuell gehalten werden, um den potenziell vertrauenden Personen die Beobachtung derselben zu ermöglichen. Denn anders als die Folgen persönlicher Interaktionen, die man unter Umständen sofort beobachten kann, können die Effekte der Kernenergie erst nach langen Zeiträumen beobachtet und unter dem Vertrauensgesichtspunkt beurteilt werden.

3 Methodik

Die Untersuchung der Langzeiteffekte von Diskursen ist für die Kommunikationswissenschaft diffizil. Der entscheidende Wirkungszusammenhang, der sich ergibt, wenn Personen jahrelang *einem Diskurs ausgesetzt sind*, lässt sich nicht erfassen, weder durch Befragungen noch durch Inhaltsanalysen. Wenn Rezipienten zu ihrer eigenen Wahrnehmung medialer Diskurse befragt werden, ist zu erwarten, dass sie den aktuell vorhandenen Status quo rationalisieren. Man war entweder schon immer Befürworter oder schon immer Gegner der Kernenergie und legt sich für die jeweilige Position Begründungen zurecht. Auch mit den Methoden einer systematischen quantitativen Inhaltsanalyse kann über lange Zeiträume hinweg keineswegs sichergestellt werden, dass die erhobenen Wirkungen auf Seiten der Vertrauenssubjekte wirklich ihre Ursachenentsprechungen in den untersuchten Kommunikaten haben. Die retrospektive Wahrnehmung von Vertrauen ist eliminierte Kontingenz, reduzierte Komplexität, die im Rückblick die einzig mögliche, weil realisierte, Option war. Deswegen soll und kann hier nicht die Medienwirkung auf das Vertrauen der Rezipienten untersucht werden. Vielmehr wird eine andere Herangehensweise zur Analyse des Vertrauens in die Kernkraft gewählt: Die empirische Studie analysiert die Bedingungen von Vertrauensaufbau in der medialen Berichterstattung und untersucht dazu in Anlehnung an Entman (1993) mediale Frames.

“Whatever its specific use, the concept of framing consistently offers a way to describe the power of a communicating text. Analysis of frames illuminates the precise way in which influence over a human consciousness is exerted by the transfer (or communication) of information from one location – such as speech, utterance, news report, or novel – to that consciousness.” (Entman, 1993: 51 f.)

Wenn die Katastrophe von Fukushima dazu geführt hat, dass Atomkraft nicht mehr im Sinne einer fortgesetzten zivilen Nutzung der Kernenergie zur Stromerzeugung geframt werden konnte, sondern sich ein Gegenframe herausbildete, der schließlich zum Vertrauensverlust führte, dann stellt sich die Frage, inwiefern sich erste Anzeichen dieses Frames in der retrospektiven Betrachtung des Framings vorangegangener nuklearer Katastrophen, insbesondere des Störfalls von Tschernobyl, finden lassen. Zur Be-

arbeitung dieser Frage wurde in zwei Schritten vorgegangen. Erstens mussten die beiden Frames *Vertrauen* vs. *Misstrauen* gegenüber der Kernenergie zum Zeitpunkt des Ereignisses Fukushima rekonstruiert werden. Zweitens wurden die thematischen Erzählstrings und die Frames, in welche sie eingebettet waren, in die Vergangenheit zurückverfolgt.

Zur Untersuchung des Vertrauensdiskurses in Kernenergie nach Fukushima wurde eine qualitative Inhaltsanalyse durchgeführt. Als Analyseeinheiten dienten Beiträge von 13 überregionalen Zeitungen und Zeitschriften, drei Presseagenturen, sowie vier Fernseh- bzw. Radionachrichtensendungen.² Der Untersuchungszeitraum umfasste die Periode zwischen der Fukushima-Katastrophe am 11.03.2011 und der erneuten Novellierung des Atomgesetzes am 31.07.2011. Die Analyseeinheiten wurden mit Hilfe von Google News über eine Schlagwortsuche („Atomkraft“ oder/und „Atomenergie“ oder/und „Kernkraft“ oder/und „Kernenergie“) identifiziert. Dabei wurden nur solche Artikel in die Analyse einbezogen, die sich explizit auf Deutschland bezogen, nicht aber Texte, die sich nur mit der Situation in Japan oder anderen Ländern befassten. Berücksichtigt wurden außerdem lediglich Beiträge, in denen die Atomfrage Hauptthema war, d.h. dass das Thema einen Anteil von 60 Prozent und mehr im Text hatte. Am Ende flossen 49 Artikel in die Untersuchung ein, um die Ordnung der Elemente im Frame bezüglich der Vertrauenswürdigkeit der Kernenergie nach Fukushima zu rekonstruieren.

Im Rahmen der qualitativen Inhaltsanalyse erfolgte eine zweimalige Codierung des Untersuchungsmaterials. Im ersten Durchgang wurde induktiv eine Kategorisierung von zehn Themen vorgenommen, die den Kernenergiediskurs nach Fukushima wesentlich prägten: Energiebedarf in Deutschland, Sicherheit, Bedeutung der Atomenergie für die Wirtschaft, Wirtschaftlichkeit, Umweltverträglichkeit, rechtlicher Rahmen, technische Möglichkeiten, ethische Vertretbarkeit, kulturelle Dimension und Emotionalität. In der nachfolgenden Analyse wurden nur die ersten fünf Kategorien, die den Diskurs besonders stark determinierten, berücksichtigt und ausgewertet. Den Kategorien wurden jeweils drei Ausprägungen – für Kernkraft (Mainframe), gegen Kernkraft (Alternativframe) oder neutral – zugeordnet. Im Rahmen des zweiten Codierdurchgangs wurden Satzstrings codiert, die als Diskursfragmente innerhalb des Mainframes

² Die Stichprobe setzte sich aus 13 Printmedien zusammen: Bild-Zeitung, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Focus, Financial Times Deutschland, Frankfurter Rundschau, Handelsblatt, Spiegel, Stern, Süddeutsche Zeitung, Wirtschaftswoche, Tagesspiegel, taz, Zeit, und aus den drei Presseagenturen: AP, DPA, Reuters sowie vier Fernseh- bzw. Radionachrichtensendungen: euronews, heute (ZDF), Tagesschau (ARD) und DRadio zusammen.

oder des Alternativframes eingeordnet werden konnten. Um ein Beispiel zu nennen: Die Agenturmeldung von Reuters vom 24. April 2011, in der der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) mit einer Studie zitiert wird, wonach „der Strompreis bei einer dauerhaften Abschaltung der acht ältesten Meiler sowie einer Beschleunigung des Atomausstiegs bis 2018 um fast ein Drittel steigen würde“, wurde in den Atomkraft unterstützenden Mainframe in die Kategorie *Wirtschaftlichkeit* eingeordnet. Die zitierte Äußerung des Vorsitzenden der Bundesnetzagentur, Matthias Kurth, wonach „die Auswirkungen des Moratoriums auf den Strompreis (...) zurzeit nicht dramatisch“ seien, wurde dagegen in den Atomkraft ablehnenden Alternativframe in derselben Kategorie eingeordnet.

Durch diese qualitativ-induktive Vorgehensweise lagen als Ergebnis des Codierprozesses kleine Fragmente, im Sinne Stichwehs (2006), innerhalb beider Frames vor. Die fortwährende Einordnung von Fragmenten in mediale Frames lässt damit Schlussfolgerungen „für Zusammenhänge sozialen Handelns [zu], weil aus den Unterscheidungen, die einen Diskurs regieren, unmittelbar eine Handlungspraxis hervorgeht und diese auch in ihren einzelnen Handlungsvollzügen semantisch instruiert wird.“ (Stichweh 2006: 154)

Die grundlegende Annahme des vorliegenden Beitrages ist es, dass die Ordnungen innerhalb der Frames das Ergebnis eines Framingsprozesses sind, die infolge des jahrzehntelangen Diskurses über die Kernkraft entstanden sind. Für die historische Rekonstruktion der Frames am Beispiel von Tschernobyl wurde eine Sekundäranalyse einer bereits bestehenden Studie durchgeführt (Seiffert 2012), in welcher die Entwicklung der Vertrauenswürdigkeit der Atomenergie seit Ende der 1940er Jahre bis 2011 untersucht wurde.³ Die Artikel wurden im Rahmen der Sekundäranalyse anhand des gleichen Analyserasters untersucht, das bereits für die Inhaltsanalyse der Berichterstattung über Fukushima Verwendung gefunden hatte.

Die vorliegende empirische Untersuchung lässt somit zwar keine Aussage über die *Stärke* der Frames im öffentlichen Diskurs zu, wohl aber über die *Existenz* der jeweiligen Diskursfragmente als elementaren Einheiten des Main- und Alternativframes im öffentlichen Atomkraftdiskurs. Anhand der Frames und der darin geordneten Elemente lässt sich so nachvollziehbar nachzeichnen, wie sich der Diskurs nach dem Unfall in

³ In der Studie von Seiffert (2012) wurden insgesamt 319 Artikel aus der Zeit und dem Spiegel qualitativ-inhaltsanalytisch untersucht.

Japan entfaltet hat und dabei auf Diskurselementen aufbaut, die bereits nach Tschernobyl knapp 30 Jahre zuvor in die öffentliche Debatte eingeflossen sind.

4 Befunde zur Vertrauenswürdigkeit der Kernenergie

4.1 Berichterstattung nach Fukushima

Aus den Auswertungen ergeben sich fünf interpretierbare Kategorien, die im Folgenden näher beschrieben werden. Tabelle 1 fasst die thematischen Kategorien mit ihren Ausprägungen *für Kernkraft* (Mainframe) und *gegen Kernkraft* (Alternativframe) zusammen.⁴

Die Analyse des medialen Framings zeigt, dass die Reaktorkatastrophe von Fukushima keinen sofortigen, umfassenden Verlust der Vertrauenswürdigkeit mit sich brachte. Aber das Ereignis setzte die Vertrauenswürdigkeit der Atomenergie insgesamt wieder auf die Agenda und löste eine Reihe von öffentlich kommunizierten Ängsten sowohl bei den Befürwortern als auch bei den Gegnern aus. Die nach Fukushima (wiedererwachte) Angst vor einem Super-GAU in Deutschland ist dabei kommunikationsstrukturell äquivalent zur aufkeimenden Angst vor Black-Outs und einem Verlust der deutschen Wettbewerbsfähigkeit. In allen Fällen geht es um die Minderung der Vertrauenswürdigkeit der nicht zu selektierenden Option und um die Stärkung der eigenen Präferenz.

Der Kern der ersten Kategorie *Sicherheit* dreht sich wesentlich um die Frage, ob der Betrieb von Atomkraftwerken in Deutschland auch nach Fukushima noch vertretbar sei, obwohl das Auftreten von vergleichbar schweren Naturkatastrophen wie in Japan in Deutschland sehr unwahrscheinlich ist. Insofern ist innerhalb des Mainframes die zentrale Aussage über die Sicherheit die von Altbundeskanzler Helmut Kohl (CDU) ausgesprochene Feststellung: „Die Kernenergienutzung in Deutschland ist durch das Unglück in Japan nicht gefährlicher geworden, als sie es vorher gewesen ist“ (Süddeutsche Zeitung 25.03.2011). Doch gerade dies wird für die Vertrauenswürdigkeit der Kernenergie unter dem Risikogesichtspunkt zum Problem, sobald man das Restrisiko der Technologie als gegeben voraussetzt.

⁴ Der Übersichtlichkeit halber werden hier nur Diskursfragmente erfasst, die dem Main- bzw. dem Alternativframe zugeordnet werden können, jedoch keine neutralen Argumente.

Tabelle 1: Diskurselemente nach Fukushima

| Mainframe (für Kernkraft) | Alternativframe (gegen Kernkraft) |
|---|---|
| Sicherheit (Kategorie 1) | |
| <ul style="list-style-type: none"> • Deutsche Kernkraftwerke sind sicher • Deutsche Kernkraftwerke sind die sichersten weltweit • Situation in Deutschland auch nach Fukushima unverändert sicher • Moratorium führt nur zu einer gefühlten Verbesserung der Sicherheit | <ul style="list-style-type: none"> • Sicherheitsstandards in Deutschland sind fragwürdig • Atomenergie ist ein pauschales Sicherheitsrisiko • unkalkulierbare Technologie • nicht abschätzbare Folgen für Generationen • neue Haltung gegenüber Sicherheit durch Fukushima |
| Bedarf an Atomenergie (Kategorie 2) | |
| <ul style="list-style-type: none"> • drohende Versorgungsengpässe bei AKW-Abschaltung • mögliche Energieabhängigkeit von anderen Staaten • Versorgungssicherheit ist gefährdet • Atomenergie als Brückentechnologie unverzichtbar • Deutschland soll seinen Energiebedarf selbst decken können | <ul style="list-style-type: none"> • Es gibt ausreichende Energiealternativen • AKW sind problemlos ersetzbar • Kapazitäten für die Versorgung sind ausreichend • Versorgung ist nicht gefährdet • keine Gefährdung der Netzstabilität |
| Wirtschaftsrelevanz (Kategorie 3)⁵ | |
| <ul style="list-style-type: none"> • Erhalt von Arbeitsplätzen von der sicheren Energieversorgung abhängig • Gefahr der Strompreisverteuerung • Abwanderung der stromintensiven Wirtschaft | <ul style="list-style-type: none"> • Panikmache der Energieindustrie • Atomausstieg als Chance für mehr Arbeitsplätze, Wettbewerbsvorteil durch Energiemix • Erneuerbare Energien als Wirtschaftszweig |
| Wirtschaftlichkeit der Atomenergie (Kategorie 4) | |
| <ul style="list-style-type: none"> • höhere volkswirtschaftliche Kosten durch schnellen Ausstieg • Wegfall der geplanten Brennelementesteuer • höhere Energiekosten für Endverbraucher | <ul style="list-style-type: none"> • finanzielle Abhängigkeit von Atomindustrie politisch selbst verschuldet • Nachrüsten abgeschalteter Reaktoren nicht wirtschaftlich • Anstieg der Energiepreise nicht zu erwarten, keine Gefährdung von Arbeitsplätzen |
| Umweltverträglichkeit (Kategorie 5) | |
| <ul style="list-style-type: none"> • Erreichen der Klimaschutzziele durch Moratorium fraglich • Kohlekraft kann keine umweltfreundliche Alternative sein • Kernenergie für den Klimaschutz wichtig | <ul style="list-style-type: none"> • Stilllegung ohne Gefährdung der Klimaschutzziele möglich • Atommüll als Ewigkeitslast |

⁵ Die Kategorie der wirtschaftlichen Relevanz (Kategorie 3) rekurriert auf die volkswirtschaftliche Bedeutung der Atomenergie, im Gegensatz zur Wirtschaftlichkeit (Kategorie 4), welche sich auf die betriebswirtschaftliche Dimension der Kernenergie bezieht.

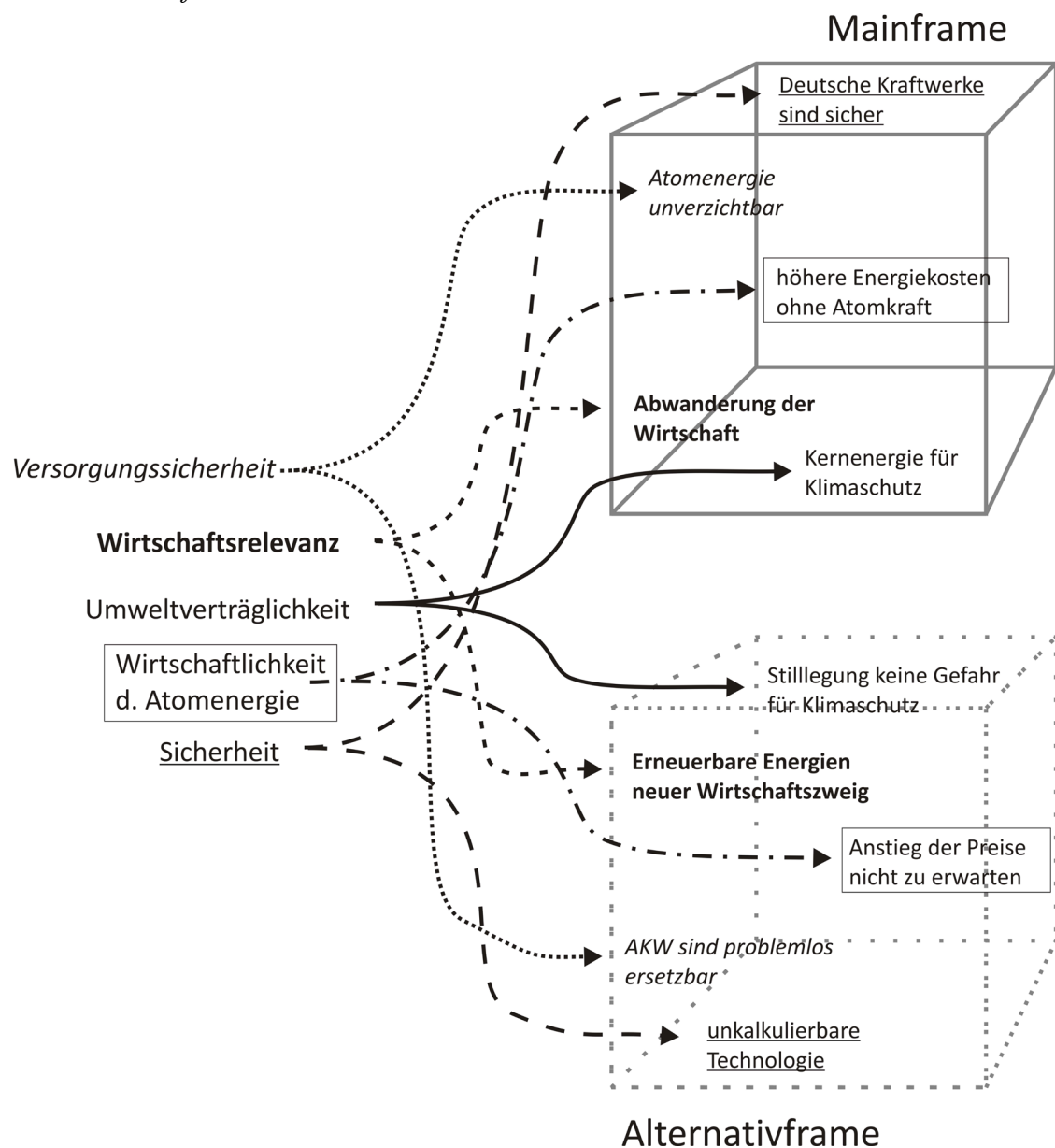
Folglich ist nach der Darstellung im Alternativframe durch die Fukushima-Katastrophe sehr wohl eine fundamental neue Situation entstanden. Anhand der Einbettung der Diskursfragmente innerhalb der zweiten Kategorie *Bedarf an Atomenergie* lässt sich die semantische Vernetzung der einzelnen Elemente sehr gut zeigen: Der Aspekt der Sicherheit wird im Rahmen des medialen Alternativframes dazu genutzt, die Vertrauenswürdigkeit der Atomenergie anzugreifen. Umgekehrt kann er in Bezug auf die Versorgungssicherheit verwendet werden, um die Vertrauenswürdigkeit zu stützen. Wie eine Äußerung des Daimler-Vorstandschefs Dieter Zetsche deutlich macht, ist auf diese Weise ein „reframing“ der Sicherheitsproblematik im Mainframe möglich. „Es gibt einige Risiken für den Industriestandort Deutschland. Die Abkehr von einer bezahlbaren Energieversorgung ist klar ein Risiko (...). Die Entscheidungen der Politik nach der Atomkatastrophe in Japan seien, sehr stark von Emotionen geprägt‘ gewesen.“ (Spiegel Online 30.05.2011)

Auch anhand der dritten Kategorie *Wirtschaftsrelevanz* zeigt sich die semantische Neuausrichtung der Verwendung des Sicherheitsbegriffes deutlich. Innerhalb des Mainframes stehen die wirtschaftlichen Folgen eines Atomausstiegs bezogen auf den Verlust von Arbeitsplätzen, steigende Strompreise, die Abwanderung der stromintensiven Wirtschaft – allesamt „Risiken für den Industriestandort Deutschland“ (Spiegel Online 30.05.2011) im Mittelpunkt. Entsprechend wird *wirtschaftliche Sicherheit* im Alternativframe mit entgegengesetzten Elementen prozessiert. Der Atomausstieg wird als eine Chance für mehr Arbeitsplätze in dem aufsteigenden Wirtschaftszweig erneuerbarer Energien angesehen. Die erneuerbaren Energieträger sind als Entwicklung einer kritischen Vertrauensalternative innerhalb des medialen Alternativframes zu verstehen. Diese kritische Alternative im Sinne Luhmanns (2000: 27f.) ist notwendig, um die Vertrauenswürdigkeit der Atomenergie überhaupt mit dem Ziel einer möglichen Vertrauensentscheidung bearbeiten zu können. Die durch die Kernenergie gelösten (vermeintlichen oder tatsächlichen) Probleme müssen durch die Vertrauensalternative ebenfalls glaubwürdig abgedeckt sein. Aus diesem Grund entwickelt sich innerhalb des Alternativframes ein vergleichbares Cluster an Subthemen wie im Mainframe.

Anhand der Frage der *Wirtschaftlichkeit der Atomenergie* (Kategorie 4) lässt sich die Vernetzung der Kategorien innerhalb der medialen Frames sicherlich am deutlichsten nachvollziehen. Die Frage nach anfallenden Mehrkosten durch einen möglichen Ausstieg werden diskursiv an die Relevanz- und die Bedarfsfrage gekoppelt. Höhere Energiekosten für die Verbraucher zielen dabei ebenso auf die Adressaten öffentlicher Kommunikation (wahlweise Bürger, Kunde, Arbeitnehmer, Wähler) ab wie die Warnung vor Arbeitsplatzverlusten und steigenden volkswirtschaftlichen Kosten für die

Steuerzahler insgesamt. Die Ordnung der Elemente innerhalb beider Frames verbindet folglich verschiedene Themenfelder öffentlicher Kommunikation, die durch die Verquickung untereinander eine gesteigerte Relevanz erhalten (sollen). Entsprechend wird innerhalb des Alternativframes nicht versucht, eine eigene Ordnung der Elemente unter anderen Gesichtspunkten entgegenzusetzen, sondern vielmehr die bestehende Ordnung im Mainframe als falsche Interpretation zu framen. Entsprechend wird argumentiert, dass kein Anstieg der Strompreise und keine Blackouts zu erwarten seien und zudem ein neuer Wirtschaftszweig für neue Arbeitsplätze Sorge etc. (Abbildung 1).

Abbildung 1: Thematische Kategorien innerhalb des medialen Main- und Alternativframes im Fukushima-Diskurs



Überraschenderweise spielen die Auswirkungen der Atomenergie auf die Umwelt nach Fukushima im öffentlichen Diskurs nur eine untergeordnete Rolle. Vielmehr wird die *Umweltverträglichkeit* (Kategorie 5) als Argument für die Kernenergie angeführt, indem immer wieder behauptet wird, die Klimaschutzziele Deutschlands seien ohne Atomenergie nicht zu erreichen.

Bildet man die zueinander entgegengesetzten Diskurselemente der jeweils gleichen Kategorie grafisch ab (Abbildung 1), dann erkennt man, wie sich die Elemente in ihren jeweiligen Frames ordnen lassen. Man erkennt zudem, und dies ist ein wichtiger Aspekt, dass das jeweilige gemeinsame Auftreten im Diskurs dem medialen Frame insgesamt eine stärkere Struktur und Kohärenz verleiht.

Mit der Beschreibung der medialen Frames nach der Fukushima-Katastrophe und vor der Entscheidung zum beschleunigten Ausstieg aus der Atomenergie ist die sichtbare Differenz der Aussagen zwischen Vertrauenswürdigkeit und Vertrauensverlust der Kernenergie in Deutschland beschrieben. Doch dieser Status quo lässt keine Rückschlüsse darauf zu, warum die Ausstiegsentscheidung gefallen ist. Vor allem deshalb nicht, weil die Entscheidung zum beschleunigten Atomausstieg für die damaligen Regierungsparteien CDU/CSU und FDP einen zu großen Bruch mit der bestehenden politischen Praxis darstellte, als dass er anhand des Ereignisses Fukushima allein hätte erklärt werden können. Fukushima erscheint vielmehr als ein *tipping point* im öffentlichen Diskurs, an welchem die kritische Schwelle der Stabilität des Mainframes erreicht worden ist und gleichzeitig der Alternativframe als Vertrauensalternative zur Verfügung steht. Einen politischen Vertrauensverlust auf Seiten der Regierungsparteien zu antizipieren, wie er mit den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz bereits eingetreten war, kann allerdings nur auf Basis einer längeren Vorgeschichte erfolgt sein. Der Diskurs in den wenigen Wochen nach Fukushima reicht kaum aus, um eine solche Antizipation zu begründen. Die Aussage des FDP-Politikers Michael Kauch, „Man kann die Kernkraft nicht dauerhaft gegen eine deutliche Mehrheit der Bürger aufrecht erhalten“ (Focus 30.3.2011), wirft die Frage auf, wie es überhaupt zu einer solchen Mehrheit der Bürger kommen konnte. Es muss vermutet werden, dass die gesellschaftliche Ablehnung von Kernkraft keineswegs nur eine Folge der Ereignisse in Fukushima war.

Bereits nach Tschernobyl und früheren nuklearen Unfällen sprach sich über Jahre hinweg eine Mehrheit in Meinungsumfragen gegen die weitere Nutzung der Atomtechnologie aus. So berichtete der Spiegel: „Nicht nur vorübergehend, sondern auf Dauer haben der Reaktorunfall in Tschernobyl und seine Folgen die Einstellung der Bundesbürger zur Kernenergie verändert.“ Waren im April 1980 noch 56 Prozent der Deut-

schen für den Bau weiterer Atomkraftwerke und 42 Prozent dagegen, drehte sich dieses Bild in den nachfolgenden Jahren. Im März 1982 lag das Verhältnis zwischen Zustimmung und Ablehnung bei 52 zu 46, im Mai 1986 bei 29 zu 69, im Juni 1986 bei 18 zu 82 und im August des gleichen Jahres schließlich bei 18 zu 80 (Der Spiegel 35/1986: 64). Die ablehnende Haltung der Bevölkerung ging zwar in den folgenden Jahrzehnten zurück, überwog aber auch 2008 noch leicht: „Der Atomausstieg verliert in der Bevölkerung weiter an Rückhalt. 49 Prozent sind noch dafür, fast genauso viele – 48 Prozent – wollen die Kernenergie aber langfristig nutzen, ergab eine Emnid-Umfrage für N24. Damit hat sich die Einstellung angesichts der Energiekrise und der Debatte um steigende Preise in den vergangenen Jahren gewandelt: Im September 2004 waren 64 Prozent für und 33 Prozent gegen einen Ausstieg aus der Atomenergie, im Januar 2006 waren noch 55 Prozent für und bereits 42 Prozent gegen einen Ausstieg.“ (Spiegel Online 2008)⁶

Vor dem Hintergrund der veränderten öffentlichen Meinung geht es darum, die plötzliche Zäsur bezüglich der *Vertrauenswürdigkeit* der Kernenergie nach Tschernobyl und Fukushima mit den langen „Phasen kaum merkbaren kulturellen Wandels“ (Stichweh 2006: 157) in Einklang zu bringen. Nachfolgend sollen deshalb die im medialen Diskurs nach Fukushima identifizierten Kategorien von Main- und Alternativframe am Beispiel der Nuklearkatastrophe von Tschernobyl in die Vergangenheit zurückprojiziert werden.⁷ Dadurch soll untersucht werden, inwiefern sich der mediale Mainframe *vertrauenswürdige Kernenergie* ebenso wie der Alternativframe *Misstrauen gegenüber Kernenergie*, über Jahrzehnte hinweg entwickelt hatten.

4.2 Berichterstattung über die Katastrophe von Tschernobyl

Die Explosion im Reaktorblock 4 des sowjetischen Kernkraftwerks Tschernobyl am 26. April 1986 stellte die größte Katastrophe in der zivilen Nutzung der Kernenergie aller Zeiten dar. Während 25 Jahre später der Unfall von Fukushima den Atomausstieg nach sich zog, blieb Tschernobyl energiepolitisch folgenlos. Das Begründungsmuster der zuständigen Politiker liest sich ähnlich wie im Falle Fukushimas. Der Spiegel zitierte dazu den damaligen Innenminister Friedrich Zimmermann mit den Worten: „Wir

⁶ Man muss dabei anmerken, dass die Fragen nach dem Ausstieg aus der Atomenergie und dem Bau neuer Kraftwerke zwei verschiedene Aspekte sind und demzufolge die Vergleichbarkeit relativiert werden muss.

⁷ Erste Elemente beider Frames lassen sich auch bereits nach früheren Nuklearunfällen in Harrisburg, Kyschtyr und Windscale/Sellafield identifizieren, können im Rahmen dieses Beitrags jedoch nicht näher ausgeführt werden. Weiterführend dazu Seiffert (2014).

sind 2.000 Kilometer von der Unfallstelle entfernt. Eine Gefährdung der deutschen Bevölkerung ist ausgeschlossen.“ (Der Spiegel 20/1986: 19). Anders als vom Innenminister behauptet und ganz anders als im Jahr 2011, war die Katastrophe 1986 aber fast hautnah für die deutsche Bevölkerung zu spüren:

„Denn die ‚Gefährdung der deutschen Bevölkerung‘, von Zimmermann lapidar ‚ausgeschlossen‘ – sie war eingetreten, war jedenfalls zum Greifen nahe, tönte aus allen Funkkanälen, sprang die Menschen an von jeder Zeitungsschlagzeile, mit Bildern von Strahlenschutz-Trupps, die Autos wuschen, von verlassenen Spielplätzen und von den Wochenmärkten, wo sich unverkaufte Spinat- und Radieschenberge türmten: jodverstrahlt, atomverseucht, ungenießbar.“ (Der Spiegel 20/1986: 19)

Der Unfall von Tschernobyl war also für die deutsche Bevölkerung ein ungleich näheres Ereignis, als die Katastrophe im weit entfernten Fukushima, die keinen radioaktiven Fallout über Europa zur Folge hatte. Die Narration, wonach deutsche Kernkraftwerke sicher seien, war auch nach Tschernobyl deutlich präsent. „Das Wort der Woche sprach der Stuttgarter CDU-Umweltminister Gerhard Weiser, nachdem er versichert hatte, ein Unfall wie in Tschernobyl könne hierzulande in diesem Ausmaß ‚nicht passieren‘. Weiser: ‚Wenn wir den Unfall bei uns im Land gehabt hätten, dann wäre alles geregelt gewesen.“ (Der Spiegel 20/1986, 23) Interessant ist hier das Detail, wonach *ein solcher Unfall in diesem Ausmaß* in Deutschland nicht hätte passieren können. Bei beiden Ereignissen, Tschernobyl und Fukushima, ist dieses Diskursfragment zu beobachten. Während es nach Tschernobyl, wie unten zu zeigen sein wird, innerhalb des Mainframes noch anschlussfähig war, griff es im Falle Fukushimas nicht mehr, auch wenn der damalige Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Stefan Mappus, dies versuchte, indem er anmerkte, es herrsche hier „keine Tsunami-Gefahr“ (Zeit Online 13.03.2011).

Tabelle 2 fasst die beherrschenden thematischen Kategorien mit ihren Ausprägungen *für Kernkraft* (Mainframe) und *gegen Kernkraft* (Alternativframe) für den Diskurs nach Tschernobyl zusammen.

Tabelle 2: Diskurselemente nach Tschernobyl

| Mainframe (für Kernkraft) | Alternativframe (gegen Kernkraft) |
|---|---|
| Sicherheit (Kategorie 1) | |
| <p>„Es hätte immer wieder deutlich gemacht werden müssen, daß die Gesundheit auch dann nicht gefährdet ist, wenn die Empfehlung der Strahlenschutzkommission nicht eingehalten wird.“ (Zeit 23.5.1986)</p> <p>„Der Mensch ist schuld, nicht die Technik“ (Der Spiegel 35/1986: 19)</p> <p>„Das war auch der Ansatz für die Beschwichtigungs-Argumentation im Westen. Bei einem vergleichbar leistungsfähigen Kraftwerk westlicher Bauart, etwa vom Typ Biblis, würde bei einer Kernschmelze die „Freisetzung der entweichenden Spaltprodukte (...) entscheidend begrenzt werden“ (Der Spiegel 19/1986: 132)</p> | <p>„Das angeblich unmögliche ist doch ein bißchen möglich geworden.“ (Der Spiegel 19/1986, 132)</p> <p>„die bislang schwerste, von allen Experten in Ost und West für praktisch unmöglich erkläre Katastrophe“ (Der Spiegel 19/1986: 125)</p> |
| Bedarf an Atomenergie (Kategorie 2) | |
| <p>„Der hohe Lebensstandard in der Bundesrepublik Deutschland beruht auch auf einem ausreichenden und preisgünstigen Energieangebot (durch Kernenergie, Anm. d. Verf.).“ (Die Zeit 19.9.1986)</p> | <p>„Solare und regenerierbare Energiequellen mögen in der Ferne liegen. Der Pfad dorthin muß jedoch erkundet werden, mit oder ohne Kernkraft.“ (Die Zeit 16.5.1986)</p> |
| Wirtschaftsrelevanz (Kategorie 3) | |
| <p>„Die Energie sollte möglichst preisgünstig zur Verfügung stehen. Die Energiepreise haben direkte Auswirkungen auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit wichtiger Industriezweige.“ (Die Zeit 19.9.1986)</p> <p>Die neusten Atomkraftwerke sind erst 1980 ans Netz gegangen.</p> | <p>Neue Kernkraftwerke sind für die Kraftwerksbetreiber nach Tschernobyl ein wirtschaftliches Risiko.</p> |
| Wirtschaftlichkeit der Atomenergie (Kategorie 4) | |
| <p>„Die Kilowattstunde Strom aus Kernenergie sei rund vier Pfennig billiger als Strom aus Kohle.“ (Die Zeit 16.5.1986)</p> <p>„Die Stromrechnung läge um etwa zwölf Mark höher, wenn der Atomstrom durch Elektrizität aus Kohle ersetzt würde.“ (ebd.)</p> | <p>„Alle Kostenvergleiche seien fehlerhaft. Die Ökologen behaupten, Atomstrom sei teurer als Elektrizität aus Kohle.“ (ebd.)</p> |
| Umweltverträglichkeit (Kategorie 5) | |
| <p>„Wenn die Stromunternehmen ihre alten Kohlekraftwerke wieder anschalten müssen und die Kessel auf Hochdruck feuern, dann wird allerdings die Luft wieder schmutziger“ (Die Zeit 16.5.1986)</p> <p>Schadstofffracht aus Kohlekraftwerken verstärkt das Waldsterben (Der Spiegel 36/1986: 21)</p> | <p>„Tschernobyl bleibt auf Jahrzehnte hinaus eine strahlende Ruine“ (Der Spiegel 19/1986: 126)</p> |

Mit Tschernobyl war eingetreten, was nach mathematischen Berechnungen höchst unwahrscheinlich war, der Super-Größe-anzunehmende-Unfall. Nach der Beinahe-Katastrophe im amerikanischen Harrisburg sieben Jahre zuvor versetzte Tschernobyl

der Vertrauenswürdigkeit der Atomtechnologie einen weiteren schweren Schlag, ohne das Vertrauen der Öffentlichkeit jedoch völlig zu zerstören. Denn was für alle Experten zuerst noch unerklärlich war, wurde innerhalb des Mainframes schnell geordnet, um die Vertrauenswürdigkeit der Technologie aufrecht zu erhalten. Entsprechend äußerte sich der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl in einer Sitzung des Deutschen Bundestages:

„Gerade das Wissen darum, daß es absolute Sicherheit nicht gibt, daß ein Restrisiko verbleibt, war und ist also die Grundlage für alle Entscheidungen, um größtmögliche Sicherheit bei der Nutzung von Kernenergie zu gewährleisten. Deshalb gehören die Kernkraftwerke in der Bundesrepublik Deutschland mit zu den sichersten Anlagen in der Welt.“ (Deutscher Bundestag 1986: 16523)

Das Framing der Katastrophe als Ergebnis menschlicher Fehlbarkeit und rückständiger sowjetischer Technik könnte ein entscheidender Grund sein, warum die relative Vertrauenswürdigkeit der Technologie im Westen weiterhin erhalten blieb, obwohl sich sämtliche Sicherheitseinschätzungen als falsch herausgestellt hatten. Erneuerbare Energien wurden noch nicht als eine ernsthafte Alternative zur Atomkraft gesehen. Selbst acht Jahre nach Tschernobyl konnte man noch lesen: „Photovoltaik ist eine Zukunftstechnik und macht Fortschritte. Doch es wäre naiv, von ihr die schnelle und wohlfeile Entsorgung des Energieproblems zu erwarten.“ (Die Zeit 1.4.1994) Hinzu kam, dass wegen der mangelnden Umweltverträglichkeit der Kohle keine Rückkehr zur ausschließlich fossilen Energieversorgung möglich war. Die Atomenergie als solche, die 1986 rund 31 Prozent der gesamten Stromerzeugung in Westdeutschland abdeckte (Voß 1987), war damals noch nicht durch andere Quellen ersetzbar und somit alternativlos.

Wie später nach Fukushima argumentierten die deutsche Wirtschaft und vor allem die großen Energieversorger, dass es zur Atomenergie keine echte Alternative gäbe. Hier lässt sich die allgemeine Bedarfsfrage schnell mit der speziellen Relevanz auf Seiten der Wirtschaft verbinden, die den Energiebedarf als Argument einbrachte, um langfristig hohe Gewinnmargen zu realisieren und weiterhin von billigem Strom zu profitieren. Die Kraftwerke sollten schon deshalb weiterlaufen, weil sie zumeist erst wenige Jahre am Netz waren⁸ und der *break even* der Rentabilität noch lange nicht erreicht

⁸ So waren beispielsweise die Atomkraftwerke Gundremmingen, Grohnde oder Brokdorf erst 1984, 1985 bzw. 1986 in Betrieb gegangen. Eine sofortige Stilllegung hätte einen Milliardenverlust an Investitionen nach sich gezogen, sowohl auf Seiten der Betreiber als auch der öffentlichen Hand.

war – ein Punkt, der in der Frage der Wirtschaftlichkeit⁹ eine zentrale Rolle spielte.

Dass die Katastrophe von Tschernobyl nicht zu einer umfassenden Neubewertung der *Wirtschaftlichkeit* der Atomenergie führte, hat eine Reihe von Gründen. Erstens war man damals noch davon überzeugt, die Endlagerproblematik in den Griff zu bekommen und die Skepsis gegenüber der Lösbarkeit dieses Problems wuchs nur langsam, wie das Beispiel Carl Friedrich von Weizsäckers zeigt: „Die Probleme der Kernenergie habe er immer nur technisch isoliert betrachtet und als lösbar empfunden; das sehe er heute anders.“ (Gründiger 2006: 56). Noch zwei Jahrzehnte zuvor, als der „Deutsche Bundestag am 3. Dezember 1959 das Gesetz verabschiedete (...) [hat man] an die Brisanz vieler Probleme, z.B. die Entsorgung, (...) zu wenig gedacht, und andere hat man sich gar nicht erst vorstellen können.“ (Gründiger 2006: 55 f.) Dieses Erbe aus der Frühzeit der zivilen Nutzung der Kernenergie wirkte lange nach. Zweitens hatte sich bis dahin niemand den volkswirtschaftlichen Schaden einer solchen Katastrophe vorstellen können. Die Geheimhaltung der sowjetischen Administration tat sicherlich das ihre, um einen unverstellten Blick auf die Frage der Wirtschaftlichkeit zu verhindern. Folglich fokussieren die oben angeführten Diskursfragmente genau wie 25 Jahre später nach Fukushima nur die laufenden Betriebskosten bei der Erzeugung von Strom in Kernkraftwerken. Die Kosten für die Endlagerung, Sicherheit und Umweltfolgeschäden, bspw. die der Uranproduktion, blieben außen vor. Die Ordnung im Alternativrahmen begann sich im Zuge von Tschernobyl gerade erst herauszubilden und zu strukturieren, beispielsweise dadurch dass Ökonomen den Verdacht äußerten, dass eine rein betriebswirtschaftliche Sichtweise im Rahmen der Atomenergie zu kurz greife und auch volkswirtschaftliche Dimensionen berücksichtigt werden müssten.

Die Perfidität der Umweltbelastung einer nuklearen Katastrophe wurde mit Tschernobyl erstmals offensichtlich, die Ängste vor verstrahlten Lebensmitteln, Spielplätzen und Menschen auslöste. Dennoch blieb die Verschmutzung durch fossile Energieträger ein Argument *für* die Kernenergie. Während die Verbrennung von Kohle eine permanente Umweltbelastung bedeutete, wurde argumentiert, dass die Kernenergie im Normalfall keine solchen Belastungen für die Umwelt verursacht.

Mit Blick auf Tschernobyl und seine Folgen für die *Vertrauenswürdigkeit der Kernenergie* in Deutschland offenbart die Analyse eine interessante Erkenntnis: „Nicht nur vorübergehend, sondern auf Dauer haben der Reaktorunfall in Tschernobyl und seine

⁹ Hier sei noch einmal angemerkt, dass es dabei um die Betriebswirtschaftlichkeit aus Sicht der Kraftwerksbetreiber geht. Dass die Atomenergie insgesamt kaum volkswirtschaftlich sinnvoll zu nutzen ist, zeigt bspw. Gründiger (2006: 97 ff.).

Folgen die Einstellung der Bundesbürger zur Kernenergie verändert. Das zeigen fünf Umfragen zu diesem Thema, die Emnid seit Tschernobyl für den SPIEGEL durchführte.“ (Der Spiegel, 35/1986: 64) Schon im Frühjahr 1986 war die öffentliche Meinung somit mehrheitlich für einen Atomausstieg, anders als 2011 hatte dies damals aber keine Konsequenzen.

Tschernobyl erschütterte die Glaubwürdigkeit des Systems Atomkraft, in der Folge von Fukushima ging sie (zumindest in Deutschland) völlig verloren. „Nach Tschernobyl hieß es etwa, dass ein GAU oder Super-GAU statistisch extrem selten vorkommt [...] Nun sind gerade einmal 25 Jahre vergangen. (Die Zeit 25.5.2011) Auch wenn 1986 nicht das Aus für die Kernenergie brachte, war sie „spätestens seit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl zu einer hoch umstrittenen Energiequelle geworden“ (Die Zeit 11.2.2010). Folglich war der Weg zur langfristigen Etablierung eines Alternativframes geebnet, wie ein Zitat von Theo Waigel (CSU) veranschaulicht:

„Wenn Wissenschaft und Technik andere Energiequellen anbieten können, dann kenne ich keinen verantwortlichen Politiker in der Bundesrepublik, der nicht bereit wäre, den Anteil der Kernenergie zugunsten dieser anderen, mit weniger Risiko behafteten Energie zu verringern.“ (Die Zeit 30.5.1986)

5 Fazit und Ausblick

Öffentliches Vertrauen in Systeme, so lautete die Behauptung, beginnt dann zu kippen, wenn sich in den Alternativframes Strukturen herausgebildet haben, die systemrelevante Ereignisse und ihre Interpretationen besser ordnen können, als die jeweiligen Mainframes das bisher vermocht haben. Während es 1986 nur eine plausible Behauptung war zu sagen, die Kernenergie sei nicht sicher, war es 2011 schließlich eine nicht mehr hinterfragbare Tatsache. Der Mainframe mit seiner Aussage, deutsche Kernkraftwerke seien sicher, konnte damit nicht mehr stabil gehalten werden, auch wenn es bis heute keine Ereignisse der INES-Stufe 4 und höher in Deutschland gegeben hat. Diese Behauptung anhand der medialen Diskurse in der Bundesrepublik Deutschland eindeutig nachzuweisen, ist freilich schwierig. Eine Prüfung der aufgestellten These konnte mit der gewählten Methode nicht erfolgen.¹⁰ Doch auch wenn der Beweis für

¹⁰ Eine Veränderung in der Semantik der konkurrierenden Frames müsste mithilfe einer systematischen Inhaltsanalyse über lange Zeiträume hinweg untersucht werden. Gerade mit Blick auf die Sicherheitsfrage, müsste sich im Laufe der Dekaden eine Verschiebung der Ausprägung beider Frames nachweisen lassen. Während der Glaube an die Sicherheit der AKW langsam erodiert, müsste der Zweifel an ihrer

die Richtigkeit der vorgetragenen These vom Wechselspiel zwischen Main- und Alternativframe öffentlicher Vertrauenswürdigkeit der Kernenergie an dieser Stelle nicht erbracht werden kann, so lässt sich für die Zeit nach Fukushima doch eine plausible Schlussfolgerung ziehen. Die zivile Nutzung der Kernenergie ist in Deutschland gescheitert, weil über Dekaden hinweg Diskursfragmente durch mediales Framing zu Strukturen verdichtet wurden, mit denen sich die öffentliche Vertrauenswürdigkeit nach Fukushima nicht mehr aufrechterhalten ließ. Zu viele öffentlich wahrnehmbare Diskrepanzen (Umweltverträglichkeit, Wirtschaftlichkeit, Bedarf, etc.) waren sichtbar geworden und beschnitten die politischen Handlungsalternativen. Zeitgleich erschienen regenerative Energien zunehmend als vertrauenswürdige Option der Energiepolitik. Fukushima war, unter Vertrauensgesichtspunkten betrachtet, keineswegs der Grund für die Abkehr von der Atomenergie, die mit der Katastrophe von Tschernobyl und bereits bei vorangehenden Atomunfällen begonnen hatte. Es war jedoch jener berühmte Tropfen, der das Fass zum überlaufen brachte – der *tipping point* als Folge der strukturellen Drift (Luhmann 2009b: 862).

Aber auch das öffentliche Vertrauen in regenerative Energieversorgung unterliegt denselben Mechanismen öffentlicher Vertrauenswürdigkeit wie die Kernenergie. Ob es bis 2050 gelingt den gesamten deutschen Energiebedarf aus regenerativen Energiequellen zu decken, wie es das Umweltbundesamt für möglich hält (Klaus et al. 2010), wird sich noch zeigen müssen. Sollten sich in den Jahren nach dem Atomausstieg ähnliche Diskrepanzen innerhalb des neuen medialen Mainframes „regenerative Energien“ ergeben, dann wird sich unter Umständen die Frage der Vertrauenswürdigkeit früher oder später ebenso stellen wie für die Atomenergie in der Vergangenheit. Die Ordnung innerhalb des medialen Mainframes wird dann mit dem gleichen Problem konfrontiert werden. Inwieweit auftretende Ereignisse innerhalb des Frames rationalisiert werden können, wird dann ebenso über die Vertrauenswürdigkeit regenerativer Energien entscheiden, wie die fehlgeschlagene Integration des Ereignisses Fukushima den Rahmen der Vertrauenswürdigkeit der Atomenergie gesprengt hat.

6 Literatur

Bentele, G. (1994). Öffentliches Vertrauen. Normative und soziale Grundlage für Public Relations. In W. Armbrrecht (Hrsg.). *Normative Aspekte der Public Relations. Grundlegende Fragen und Perspektiven: eine Einführung* (S. 131–158). Opladen: Westdt. Verlag.

Sicherheit umgekehrt langsam aber sicher zur Gewissheit werden – dies müsste sprachlich nachweisbar sein.

- Coombs, T. W. & Holladay, S. J. (2007). *It's not just PR. Public Relations in Society*. Malden: Blackwell.
- Der Spiegel (1986). *Mehr SPD-Wähler durch Atom-Ausstieg? Spiegel-Umfrage im Wahlkampfjahr 1986* (VIII): Die politische Situation im Monat August. Der Spiegel, 1986 (35).
- Deutscher Bundestag (1986). *Stenographischer Bericht*. 215. Sitzung. Bonn: Deutscher Bundestag.
- Entman, R. (1993). *Framing: Towards Clarification of a Fractured Paradigm*. Journal of Communication. 43 (4), 51–58.
- Gründinger, W. (2006). *Die Energiefalle. Rückblick auf das Erdölzeitalter*. München: Beck (1680).
- Klaus, T., Vollmer, C., Werner, K., Lehmann, H. & Müschen, K. (2010). *Energieziel 2050: 100 Prozent Strom aus erneuerbaren Quellen*. Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt.
- Luhmann, N. (1990). *Konstruktivistische Perspektiven* (Soziologische Aufklärung, 5). Opladen: Westdt.-Verlag.
- Luhmann, N. (2000). *Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität* (4. Aufl.) Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Luhmann, N. (2009a). *Die Realität der Massenmedien* (4. Aufl.) Wiesbaden: VS.
- Luhmann, N. (2009b). *Die Gesellschaft der Gesellschaft* (1. Aufl., Nachdruck). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Scheufele, D. A. (1999): *Framing as a theory of media effects*. J Communication, 49 (1), 103–122.
- Seiffert, J. (2012). *Vertrauensverlust in die Kernenergie. Eine Frame-Analyse des öffentlichen Diskurses über die Kernenergie in Deutschland. Fachgruppentagung PR und Organisationskommunikation. Deutsche Gesellschaft für Publizistik und Kommunikationswissenschaft (DGPK)*. München, 03.11.2012.
- Seiffert, J. (2014). *Vertrauen in der Mediengesellschaft. Eine theoretische und empirische Analyse*. Dissertationsschrift, Leipzig: Universität Leipzig.
- Spiegel Online (2008). *Laufzeiten-Debatte: Zahl der Atomkraftgegner schrumpft*. Spiegel Online. Hamburg. Verfügbar unter <http://www.spiegel.de/suche/index.html?suchbegriff=umfrage+atomenergie&offsets=126&pageNumber=5> [Zugriff 04.02.2014].
- Spiegel Online (2011): *Spitzentreffen im Kanzleramt: Schwarz-Gelb wählt Atomausstieg mit Notreserve*. Hamburg. In: *Spiegel Online*, 30.05.2011. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/spitzentreffen-im-kanzleramt-schwarz-gelb-waehlt-atomausstieg-mit-notreserve-a-765576.html>. [Zugriff 12.02.2014].
- Stichweh, R. (2006). *Semantik und Sozialstruktur. Zur Logik einer systemtheoretischen Unterscheidung*. In D. Tänzler, H. Knoblauch & H.-G. Soeffner (Hrsg.). *Neue Perspektiven der Wissenssoziologie* (S. 157–171). Konstanz: UVK Universitätsverlag (8).
- Voß, A. (Hrsg.) (1987). *Kernenergie und die zukünftige Energieversorgung. Institut für Kernenergetik und Energiesysteme*. Köln: TÜV Rheinland.